



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 05.12.2023 – Auszug aus Drucksache 19/118 –

Frage Nummer 10

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Franz
Schmid**
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Pflege- und Seniorenheime werden derzeit zur Unterbringung von Asylbewerbern in Bayern genutzt (bitte die Anzahl nach Landkreis und Anzahl der Asylbewerber auflisten), für welche Pflege- und Seniorenheime in Bayern gibt es derzeit Pläne, diese als Unterkunft für Asylbewerber zu nutzen (bitte nach Landkreis, Pflege- und Seniorenheim und Unterbringungskapazitäten auflisten) und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um eine Unterbringung von Asylbewerbern in Pflege- und Seniorenheimen zu vermeiden?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

In Bayern sind die Regierungen und Kreisverwaltungsbehörden zuständig für die Unterbringung von Asylbewerbern. Ihre Aufgabe ist es, im Rahmen des jeweiligen Bedarfs, Asylunterkünfte anzumieten oder gegebenenfalls zu errichten und zu betreiben. Um eine rechtzeitige und ausreichende Akquise von Unterkünften sicherzustellen, erfolgt nicht in jedem Fall eine Einbindung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration. Auf welche Unterkunftsmöglichkeiten vor Ort zurückgegriffen werden kann und was am besten vertretbar ist, entscheiden die Landkreise und kreisfreien Städte – sie haben den besten Einblick. Auch werden etwaige Vornutzungen von Objekten nicht statistisch auswertbar erfasst. Wie viele ehemals als Pflege- oder Seniorenheime genutzte Objekte nun für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden oder sich derzeit in Planung befinden, ist der Staatsregierung daher nicht bekannt und kann in der zur Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit nicht ermittelt werden.

Der Staatsregierung ist kein in Bayern aktiv genutztes Pflege- oder Seniorenheim bekannt, das geschlossen wurde, um dort Asylbewerber unterzubringen. Ungeachtet dessen fordert die Staatsregierung die Bundesregierung unablässig zu einem sofortigen und grundlegenden Kurswechsel in der Migrationspolitik auf und setzt sich für eine effektive Begrenzung der Zugangszahlen ein. Denn das ist die einzige nachhaltige Lösung.